

Das Sachverhalt in die Tagesordnung ein und erledigt: zunächst die Anträge.

Dann wird in der Beratung der förmlichen Anfrage (S. 2. Sp.) und der damit verbundenen Anträge über Landwirtschaftsfragen fortgefahren.

Hg. v. d. Hagen (Soz.): Die Kohlennot ist naturgemäß, nachdem wir Lieferungen ins Ausland übernommen haben und über englische Kohlen nicht mehr verfügen. Am besten wird die Kohlenproduktion gefördert durch Erfüllung geordneter Arbeiterforderungen. Das gleiche gilt für die landwirtschaftliche Produktion. Den Antrag Kessel lehnen wir ab.

Hg. Kessel (Str.): Die Zwangswirtschaft ist eine Gefahr für die Landwirtschaft. Die Prämienpolitik ist praktisch durchführbar, durch sie werden die Landwirte im nächsten Jahr von der frühzeitigen Abkündigung abgehalten werden. Die Landwirte, die keinen Schlepphandel betreiben haben, stehen jetzt vor dem Ruin; wir brauchen Arbeitskräfte, Düngemittel und auskömmliche Preise, ebenso Kohle. Arbeit ist die Quelle aller Wirtschaft.

Hg. Stenzen (Dem.): Auch wir sind für den Antrag, die Zwangswirtschaft für den Zucker aufzuheben. Der Zuckermarkt ist in ur aufzuhelfen durch angemessene Preise und nur durch Zufuhr von Futtermitteln. Die Viehhändlerverbände haben sich auf dem Lande sehr unbillig gemacht. Ihr Verfahren z. B. in der Dütefrage hätte ich für ungeschicklich. Heute werden 50 Prozent des Vieles schwarz geschachtet. Das spricht auch für Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Hg. v. d. Hagen (U. Soz.): Dem Landwirtschaftsminister scheint es gleichgültig zu sein, ob hunderttausende von Kindern zu Grunde gehen; er erfüllt restlos die unerschöpflichen Forderungen der Landwirtschaft.

Landwirtschaft hat mit der Zeit die besten Volkswirtschaften begreifen noch immer nicht, was in den letzten fünf Jahren vor sich gegangen ist. Man vergißt, daß vier Jahre lang Millionen der fröhlichsten Menschen der Produktion entzogen waren. Daher die Verarmung! Wir müssen unser ganzes Leben auf einer anderen Grundlage aufbauen. (Sehr richtig!) Wollen wir wieder bekommen, so können wir es nur, wenn wir mit aller Kraft an die Arbeit gehen. Die landwirtschaftliche Erzeugung muß gehoben werden. Wir müssen intensiver wirtschaften. Das liegt im wohlverstandenen Interesse auch der Verbraucher. Die Knappheit muß aufhören. Heute gilt die Mark vielleicht noch 6 Pf. Wir sind daher auf unsere inländischen Erzeugnisse angewiesen, weil unsere Kaufkraft so stark gesunken ist. In der Versorgung mit Nahrungsmitteln stehen wir noch schlechter als im Kriege da. (Hört, hört!) Besonders der Bedarf an Kaffee kann nicht im Entferntesten gedeckt werden. Alle Kräfte müssen zusammengefaßt werden, um die Versorgung mit Lebensmitteln zu verbessern; an Experimenten kann ich mich aber nicht einlassen.

Die Abstimmung findet Mittwoch 12 Uhr statt. Weiter: Kleine Anfragen und Anträge.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Krone und Staat.

Eine Abfindung von 100 Millionen.

Der Gesetzentwurf über die Auseinandersetzung zwischen der Krone und dem preussischen Staat wird in den nächsten Tagen die preussische Landesversammlung beschäftigen.

Wie die Berliner Presse berichtet, soll aus der Beschlagnahme der Kronvermögensgüter die Summe von hundert Millionen Mark als Abfindung an das Staatshaus angerechnet werden. Das Staatshaus hat sich, bereit, erklärt, auf die Ansprüche aus der Zivil- und aus der öffentlichen Verwaltung zu verzichten, ebenso auf den Verzicht auf den Anspruch auf den Staat ausgedrückt worden.

Die Verteilung der königlichen Schlösser.

Be. der Auseinandersetzung des Staatshauses mit dem preussischen Staat hat die Frage der Verteilung der königlichen Schlösser eine große Rolle gespielt. Man ist zu dem Ergebnis gelangt, daß alle Schlösser und Gebäude, die nachweisbar durch Friedrich Wilhelm I. der Krone erworben wurden, ihr zum größten Teile verbleiben sollen. Im allgemeinen werden die Schlösser und Gebäude, die aus dem vorigen Jahrhundert bis zum Tode Friedrich Wilhelms II., also bis zum Jahre 1797, stammen, vom Staat in Anspruch genommen. Dementsprechend sollen die ältesten Schlösser in den alten Provinzen vom Staat übernommen werden. Aus dieser Sachlage ergibt sich, daß außer dem Berliner Stadtschloß und dem Kronprinzenpalais auch Schloß Monbijou, das Charlottenburger Schloß, das Prinzessinnenpalais, ferner das Stadtschloß in Potsdam, Schloß Sanssouci sowie das Neue Palais in den staatlichen Besitz übernommen werden. Es verbleiben dagegen der Krone das Schloß Bellevue, das Palais Kaiser Wilhelms I. und Schloß Babelsberg.

Die Schlösser im Rheinland und in den neuen Provinzen (z. B. in Koblenz, Schloß Stolzenfels, in Kassel, Wiesbaden, Hannover) waren der Krone vom Staat nur zur Benutzung übergeben. Hier liegt die Sachlage ohne weiteres klar. Die Schatzgüter, Reliquien und Ausrüstungen verbleiben natürlich ebenfalls der Krone. Die Kunstschätze, die die Krone den Museen übergeben, und die jetzt in das Eigentum des Staates übergehen sollen, repräsentieren allein einen Wert von etwa 20 Mill. Mark.

Dieser Entwurf wird ohne Zweifel in der preussischen Landesversammlung einer scharfen Kritik unterzogen werden. Schon jetzt fordert der mehrheitssozialistische „Vorwärts“, daß ebenso wie die Kronvermögen auch das Kronvermögen an den Freistaat Preußen entschädigungslos übergehen müssen. Das Blatt bezeichnet es als Gipfel des Unberechnlichen, wenn das Gerücht austräfe, nach dem das gesamte Kronvermögen und die oben erwähnten 100 Millionen Entschädigung für den früheren Kaiser ohne irgendwelche finanziellen Gegenleistung erfolgen und insbesondere auch vom Reichsnotopfer befreit werden sollen.

Die Forderungen des „Vorwärts“ sind jedoch unbegründet. Nach dem „Verl. Sozial-Anz.“ wird die Summe von 100 Millionen nicht an das Staatshaus, sondern an das Reich, sondern gilt als

Abfindung für die Reichs- und Staatskassen, die die Krone nach den gegenwärtigen Steuersefekten zu leisten hätte. Auf der anderen Seite erwirkt der Staat aus dem Vermögen der Krone sehr erhebliche Wertobjekte, sowohl an Grundstücken und

Schänden wie auch an Kunstwerken aller Art, deren Wert auf Hunderte von Millionen zu beziffern ist. Die Regierung hält dafür, daß der Vergleich für den Staat außerordentlich günstig und daß er nur durch weitgehendes Entgegenkommen des früheren königlichen Hauses erreicht worden sei. Ob der Vergleich an sich von der Landesversammlung gebilligt werden wird, ist damit selbstverständlich noch nicht gesagt.

Die Wahl der Betriebsräte.

Die wichtigsten Bestimmungen über Wahl und Zusammensetzung der Betriebsräte.

Vor wenigen Wochen ist das heftig strittene Betriebsrätegesetz nach wochenlangen Beratungen durch die Nationalversammlung in dritter Lesung angenommen worden. Da das Gesetz mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft tritt, haben sowohl Unternehmer wie Angestellte und Arbeiter dringende Veranlassung sich mit den Bestimmungen des Gesetzes vertraut zu machen. Im Vordergrund stehen zunächst die Bestimmungen über die Wahl und die Zusammensetzung der Betriebsräte.

Zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) den Arbeitgebern gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke sind in allen Betrieben mit mindestens zwanzig Arbeitnehmern Betriebsräte zu errichten. In Betrieben mit weniger als 20, aber mindestens fünf wahlberechtigten Arbeitnehmern ist ein Betriebsobmann zu wählen. In Betrieben, die mindestens 20 Hausgewerbetreibende beschäftigen, welche in der Hauptsache in demselben Betrieb arbeiten und selbst keine Arbeitnehmer beschäftigen, muß für sie ein besonderer Betriebsrat geschaffen werden. Innerhalb der Betriebsräte werden zur Wahrnehmung der besonderen wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und der Angestellten Arbeiterräte und Angestelltenräte errichtet. Der Betriebsrat besteht bei 20–49 Arbeitnehmern aus 3, bei 50 bis 99 aus 5, bei 100–199 aus 6 Mitgliedern. Bei größeren Betrieben erhöht sich die Mitgliederzahl um je ein Mitglied bis 999 Arbeitnehmer für je weitere 200, bis 5999 für je weitere 500 und bei mehr als 6000 Arbeitnehmern für je weitere 1000 Arbeitnehmer bis zur Höchstzahl von 30. Die Arbeitermitglieder und die Angestelltenmitglieder des Betriebsrates bilden unter sich den Arbeiterrat und den Angestelltenrat.

Wahlberechtigt sind alle mindestens 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, die sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Es kommt hierfür nicht auf die Reichsangehörigkeit an. Dagegen sind wählbar nur Reichsangehörige, die mindestens 24 Jahre alt, nicht mehr in Verfassungsdienst und am Wahltag mindestens sechs Monate in dem Betrieb und mindestens drei Jahre in dem Gewerbegebiet tätig sind. Kein Arbeitnehmer ist in mehr als in einem Betriebe wählbar.

Spätestens sechs Wochen nach der Verkündung des Gesetzes haben der Arbeiter- und Angestelltenrat in gemeinsamer Sitzung einen aus 3 Wahlberechtigten bestehenden Wahlvorstand und einen der Gewählten zum Vorsitzenden zu wählen. Sind solche Ausschüsse nicht vorhanden oder kommen sie ihrer Verpflichtung nicht nach, so hat der Arbeitgeber einen aus den drei ältesten wahlberechtigten Arbeitnehmern bestehenden Wahlvorstand zu bestellen, der selbst seinen Vorsitzenden bestimmt. Bei den Kleinbetrieben bis zu 20 Arbeitnehmern hat der Arbeitgeber den ältesten wahlberechtigten Arbeitnehmer zum Wahlleiter für die erste Wahl des Betriebsobmannes zu bestellen. In den späteren Fällen wird der Wahlvorstand spätestens vier Wochen vor Ablauf der Wahlzeit des alten Betriebsrates durch diesen selbst gewählt, und der Arbeitnehmer tritt nur ein, sobald der Betriebsrat seiner Verpflichtung nicht nachkommt.

Die Arbeitermitglieder des Betriebsrates werden von den Arbeitern, die Angestelltenmitglieder von den Angestellten des Betriebs, sämtlich in einer Wahl aus ihrer Mitte mit unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundregeln der Verhältniswahl auf ein Jahr gewählt. Doch ist Wiederwahl zulässig. Die Versammlung der Arbeitszeit infolge Ausübung des Wahlrechts oder Betätigung im Wahlvorstand darf keine Lohnverkürzung nach sich ziehen. Vertragsbestimmungen, die dieser Vorschrift zuwiderlaufen, sind nichtig. Die näheren Bestimmungen über das Wahlverfahren trifft mit Zustimmung eines Reichsausschusses von 28 Mitgliedern der Reichsarbeitsminister.

Im Verlaufe des Wahljahres erlischt die Mitgliedschaft eines Vertreters im Betriebsrat durch Verlegung durch Vermeidung des Arbeitsvertrags, durch Verlust der Wahlbarkeit und auf Antrag des Arbeitgebers oder von mindestens 1/4 der wahlberechtigten Arbeitnehmer durch Beschluß des Betriebsrates wegen groblicher Verletzung der gesetzlichen Pflichten. Für ein ausscheidendes Mitglied tritt ein Ersatzmitglied ein. Es kann auch der ganze Betriebsrat durch einen solchen Beschluß wegen groblicher Pflichtverletzung aufgelöst werden. Solange ein Betriebsratsrat noch nicht vorhanden ist, tritt an seine Stelle der Schlichtungsausschuss.

Die Sechsstundenschicht.

Die Schichtzeit im Bergbau.

Während sich hier in Deutschland die Bergarbeiter in tagelangen Konferenzen die Köpfe zerbrechen über die Einführung der Sechsstundenschicht, ist man in Sowjetrußland zu der Ueberzeugung gekommen, daß der sechsstündige Arbeits- und die fünf-tägige Arbeitswoche wieder abgeschafft werden müssen, und hat jetzt die zwölfstündige Arbeitszeit und die sieben-tägige Arbeitswoche eingeführt. Wenn auch Deutschland noch nicht so heruntergewirtschaftet ist wie Sowjetrußland, so haben wir nichtsdestoweniger großes Interesse an einer Steigerung der Arbeitsleistung, auf jeden Fall dann, wenn gegenwärtig keine Verstärkung der Arbeitszeit eingeführt werden. Ein Teil der Bergarbeiterschaft hat, wie die Beratungen der Generalversammlung des Gewerkschafts Christlicher Arbeiter in Essen zeigen, bewiesen, einge-sehen, daß an eine sofortige Einführung der Sechsstundenschicht aus wirtschaftlichen Gründen zur Zeit nicht gedacht werden kann. Die Konferenz hat alle Bergarbeiter aufgefordert, im Interesse der Volks-

gesamtheit jede Störung der Kohlenförderung zu vermeiden und alles einzusetzen, damit die aus der Kohlennot hervorgegangenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten beseitigt werden.

Im Christlichen Gewerkschaftsbund ist bekanntlich nur eine Minderheit der Ruhrbergarbeiter organisiert. Die große Mehrheit ist in dem alten Bergarbeiterverband organisiert, der ebenfalls zu einer außerordentlichen Hauptversammlung in Bochum zusammengetreten ist und in dem sich die Anhänger und Gegner der Sechsstundenschicht etwas die Waage halten. Der Versammlung ist zwar vom Gesamtvorstand eine Entschließung gegen die sofortige Einführung der Sechsstundenschicht vorgelegt worden, doch macht sich dagegen eine starke Opposition geltend. Es ist jedoch zu hoffen, daß der einstimmige Teil der Bergarbeiter die Beratungen in Bochum zeigte, ist man in allen ruhigen denkenden Arbeiterkreisen der Ansicht, daß der jetzige Zeitpunkt zur Einführung einer Schichtverkürzung der denkbar ungeeignetste ist.

Der Achtstundentag für die Beamten.

Nach einer beim Oberbürgermeister der Stadt Essen eingegangenen dringlichen Mitteilung des Reichsministers des Innern haben die Verhandlungen mit dem Ziel: allgemein bei den Beamten die achtstündige Arbeitszeit wieder einzuführen, beim Deutschen Beamtenbund zu einem grundsätzlichen Einverständnis erzielt.

Die Brotversorgung.

Heraushebung der Ausmahlung, keine Nationenverringern.

Wie vom Reichsernährungsministerium mitgeteilt wird, ist die Ausmahlung von 84 Prozent auf 90 Prozent heraufgesetzt worden. Vor der Heraushebung wurden, wie erinnert, bis zu 95 und 96 Prozent ausgemahlen, die Ausmahlung erreicht also noch nicht ganz ihre alte Höhe. Es ist also auch kein schlechtes Brot zu erwarten.

Es wird hinzugefügt, daß amtlicherseits für die nächsten Zeit keine besonderen Schwierigkeiten befürchtet werden. Alles müsse aber darauf angelegt werden, Vorrat zu heben. Zu diesem Zweck ist eine größere Druckaktion eingeleitet worden. Einer Reihe lieferungsfähiger Kommunen haben die Kohlen geliefert. Ihnen soll schnellstens geholfen werden. Die Kohle ist z. B. schon im Anrollen. Die Anlieferung wird sich also bald wieder bessern. Eine Verkürzung der Brotration dürfte daher in nächster Zeit nicht verhängt werden.

Die Verhandlungen zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft über die Förderung des Anbaues nehmen, wie von maßgebender Seite berichtet wird, einen befriedigenden Fortgang. Man erwartet i. d. Februar bereits den Abschluß der Verhandlungen, so daß die Landwirtschaft noch entsprechend bei der Ausmahlung disponieren kann.

Politische Rundschau.

Berlin, den 27. Januar 1920.

Nach Pariser Meldungen sollen die Volksabstimmungen in den Abtretungsgebieten Anfang Juli stattfinden.

Mit der Vertretung des Reichsfinanzministers in den laufenden Geschäften ist von Erzberger selbst Unterstaatssekretär Moesle beauftragt worden.

Der Abgeordnete Dr. Taucher (Amberg), der als Mitglied der bayerischen Volkspartei der Nationalversammlung angehört, hat sich entschlossen, sein Mandat niederzulegen.

Die Deutschen im Völkerrundrat. Der Völkerrundrat begann am Montag seine praktische Arbeit. Zum ersten Male nahmen deutsche Delegierte an den Beratungen teil. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, der im Rahmen des Völkerrundes geschaffen worden ist, wird zusammengetreten, um die formalen Arbeiten, die sich aus der ersten Konferenz in Washington ergeben, zu behandeln und zu erwägen, wie den Beschlüssen, die bezüglich des Achtstundentages, der Nachtarbeit, des Abnehmerinnenstages und der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren gefaßt worden sind, praktische Gestalt gegeben werden soll. Dem Verwaltungsrat gehören neben dem Vertreter der Alliierten und Neutralen auch Vertreter der deutschen Regierung sowie deutsche Arbeiterdelegierte an.

Für Stimmfähigkeit in Schleswig. Der Deutsche Ausschuss für Schleswig bittet uns um Verbreitung folgender Mitteilung: § 3 des Stimmreglements für Schleswig bestimmt, daß alle Stimmfähigen in der Gemeinde, ihre Stimme abgeben müssen, in der sie am 1. Januar 1919 ihren Wohnsitz hatten. Wer an diesem Tage keinen Wohnsitz im Abstimmungsgebiet hatte, stimmt an seinem Geburtsort. Alle Stimmfähigen, die erst nach dem 1. Januar 1919 das Abstimmungsgebiet verlassen haben, werden gebeten, ihren Wohnsitz an diesem Tage sowie ihre jetzige Adresse dem Deutschen Ausschuss in Flensburg, Silbergraben 59, mitzuteilen.

Ueber den Uebergang der Eisenbahnen an das Reich machte der Präsident der württembergischen Staatsbahn Dr. Sigel folgende Mitteilungen: Es werde künftig nur zwei Klassen, eine Holz- und eine gepolsterte Klasse gefahren werden. Die Tarife sollen für das ganze Reichsbahnnetz, auch für den Güter- und Expressgüterverkehr einheitlich gestaltet werden. Bei Regelung von Lieferungen und Arbeiten sollen die Unternehmer der Länder gleichmäßig herangezogen werden. Unter Ablehnung der weitgehenden Forderungen Bayerns habe sich das Reichsverkehrsministerium zu dem Vorschlag verstanden, das deutsche Eisenbahnnetz nur soweit zu zentralisieren, als es zur Erfüllung der Aufgaben der Reichsbahn dienlich ist und für eine einheitliche Verkehrsanstalt als geeignet erscheint. Es soll in jedem Lande der Sitz von mindestens einer Eisenbahnprovinzialbehörde sein. Auf Wunsch eines Landes werde das Reichsverkehrsministerium einen besonderen Vertreter bei der Regierung des Landes bestellen, der Landesangehöriger und gleichzeitig Mitglied einer Reichsbahnbehörde des betreffenden Landes sei und der über die das Land berührenden Eisenbahnen mit den Landesbehörden zu beraten und die gewünschte Auskunft zu geben habe. Ueber diesen Vorschlag schweben noch Verhandlungen mit Bayern.

Die Vergarbeiter gegen sofortige Einführung der Sechsstundenschicht. Die Generalversammlung des alten Vergarbeiterverbandes sprach sich einstimmig grundsätzlich für die Verkürzung der regelmäßigen unterirdischen Arbeitszeit bis auf sechs Stunden aus. In namentlicher Abstimmung wurde die Erzwingung der Sechsstundenschicht ab 1. Februar durch Streik oder Arbeitsverweigerung mit 182 gegen 36 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Die Entschließung des Vorstandes, die sich gegen die sofortige Einführung der Sechsstundenschicht wendet, wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen, ebenso mit allen gegen zwei Stimmen der Antrag auf Einlegung einer zweiten Forderung. Der Antrag betreffend Aufhebung des Notlagezustandes wurde abgelehnt. — Ueber die Zugeländnisse bei den Tarifverhandlungen wurde u. a. mitgeteilt, daß der Grunderwerb der unterirdisch beschäftigten Arbeiter von drei Mark, der Gedingelohn um fünf Mark erhöht wird. Der Mindestsicheltlohn eines Hauersichelot auf über 40 Mark.

Der „Daily Telegraph“ soll eine neue Entente-Note an die niederländische Regierung gesandt werden.

Die Votschasterkonferenz ist in Paris unter dem Vorsitz Millerands zusammengetreten und hat die Antwort des an Deutschland über die Grenzkommissionen zu entsendenden Schreibens festgestellt, ebenso den Wortlaut eines Dokumentes an die Schweiz, das sich mit ihrem Eintritt in den Völkerbund beschäftigt.

Ein englisch-französisches Blottenabkommen ist geschlossen worden. Eine Entensflotte soll im Schwarzen Meer erneut eine Blockade Rußlands ausüben.

2 Die Hauptstelle des internationalen Roten Kreuzes erhielt aus Warschau die Nachricht, daß von den mehr als einer halben Million österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen in England nur noch der vierte Teil am Leben ist. Die übrigen sind sämtlich Opfer der Entbehrungen und ansteckender Krankheiten geworden.

Das in Chicago erscheinende Blatt „Der Kommunist“ bringt einen Bericht der „Moskauer Pravda“, daß die russischen Zarenmörder, im ganzen 14 Personen, wegen Mordes an der Zarenfamilie und Verabreichung des Leichens hingerichtet seien.

• In Bombay (Indien) fanden ernste Unruhen der Streifenden statt, bei denen von Polizisten und Soldaten auf die Menge geschossen wurde. Ein Streifender wurde getötet, mehrere wurden verletzt.

Bei den Wahlen zur ungarischen Nationalversammlung errangen die Wahlenthaltung der Sozialdemokratie der christliche Block und die Partei der kleinen Landwirte, die beide für die Wiedererrichtung der Monarchie eintraten, eine überwältigende Mehrheit. Graf Albert Apponyi, der Führer der ungarischen Friedensdelegation, und Graf Julius Andrássy wurden einstimmig mit parteilosem Programm gewählt.

Die „Information“ meldet aus Paris: Der Kammer ist eine Vorlage der Regierung zugegangen, welche die Erhöhung des Mannschaftsbestandes der französischen Armee um ein Drittel gegenüber dem Friedensstand von 1914 vorsieht.

Der japanische Gesandte hat der chinesischen Regierung erklärt, Japan habe kraft des Friedensvertrages die früher von Deutschland in Kiautschou ausgeübten Rechte übernommen. Infolgedessen sei Japan bereit, mit China über die Aufkündigung der verpachteten Gebiete zu unterhandeln. Der japanische Gesandte wies darauf hin, daß nach Dervollständigung des Abkommens mit China Japan sofort seine Eisenbahnen nach an Schantung zurückziehen würde, und insoledessen China alles Interesse daran habe, möglichst rasch Verhandlungen einzuleiten. China hat auf diesen Vorschlag noch nicht geantwortet.

* **Weissenheim**, 29. Jan. Der Landrat des Rheingaukreises erläßt folgende Bekanntmachung: Der Ernst der Zeit und die große wirtschaftliche Not verbieten die Zulassung karnevalistischer Vergnügungen. Ich unterlege es deshalb den Ortspolizeibehörden, solche Veranstaltungen jeglicher Art zu genehmigen und ersuche sie, mit Zuwiderhandelnde zur Anzeige zu bringen, damit ihre Bestrafung bezw. bei Wirtin die Entziehung ihrer Wirtschaftsgenehmigung von hier aus in die Wege geleitet werden kann.

Seifenbrun, 29. Jan. Der Postverkehr ist nach Aufhebung der Einschränkungen wie folgt geregelt:
Schalterdienst (Werktag): 8-12 vorm., 2-5 Uhr nachm.
Telegraphendienst: 8 v. bis 6 1/2 n.
(Sonntags): 9-10 v.

Telegraphendienst: 8—10 und 11—12 Uhr vorm.
Posten abgehend in Richtung Rüdeshcim-Cöln: 7³/₄ v.,
1 und 6¹/₂ nachm.
" " " " Wiesbaden-Frankfurt: 8 v.
1 und 6¹/₂ n.
" ankommend aus Richtung Frankfurt-Wiesbaden:
8 v. und 1 Uhr n.
" " " " Cöln Rüdeshcim;
8 v. und 2 Uhr n.

*S Heisenheim, 29. Jan. In der vorvergangenen Nacht gegen 2 Ubr kam ein junger Mann mit einem Pferd hier an und wurde am Rathaus von der Nachtpolizei angehalten, mit der Frage, wo er hin wolle. Er gab an, das Pferd für die Landwirtschaftskammer vom Depot Erbenheim nach Altmannshausen zu bringen, wenn er jedoch hier einen Käufer finde, wolle er es hier lassen. Polizei-nachtwächter Weber erklärte, er wisse einen Käufer, er solle hier warten, er komme gleich wieder. Dieser ging nach der Hasengasse und weckte den Wachtmeister Mohrhardt, der das Geschäft machen sollte. In Zivil erschien M. und verhandelte mit dem Verkäufer. Das Tier repräsentieren einen Wert von 12 000 M. und wurde für 9000 M. angeboten. Mittlerweile hatte sich der Pferdehändler zur Wachtstube begeben, um sich zu wärmen. M. entfernte sich kurze Zeit um Geld zu holen, kam aber zurück und sagte, sein Gewährsmann habe nicht soviel Geld zu Hause, er

Geisenheim, 29. Jan. Montag fand in Scholl's Gasthaus eine Vollversammlung des Lokalgewerbevereins statt mit folgender Tagesordnung: 1. Neuwahl des Gesamtvorstandes 2. Vortrag über „Geldverkehr des Handwerkers“. Gewählt wurden als Vorsitzender Herr Installationsmeister Jakob Edel, als Vereinskassier Herr Magistratssekretär Bender und als Schriftführer Herr Lehrer Kilb. Alle Besucher gingen aus der Wahl hervor die Herren Paul Scherer, Peter Ewald, Karl Wargelhan, Karl Giez, Joh. Waltherr, Wilh. Hill, Jean Badior und Jean Schädel. Hierauf entledigte sich Herr Banddirektor Hertin seines Auftrages, indem er an Beispielen zeigte, wie der Handwerker auf einfache und billige Weise seine Zahlungen (Einnahmen wie Ausgaben) durch Ueberweisungen u. bewerkstelligen kann; freilich hat der Betreffende bei der Banl für sich ein Konto zu errichten. Für die klaren Ausführungen und Anweisungen dankte die Versammlung dem Redner. Wir wollen aber die alte Klage nicht wieder auskommen lassen, daß diese Vorträge schlecht besucht wurden, damit die, welche für solche Veranstaltungen zu sorgen haben, nicht den Mut verlieren.

* Geisenheim, 29. Jan. Die neue Umsatzsteuer wird als Verbrauchssteuer größten Stills tief in das wirtschaftliche Leben einschneiden. Neben der allgemeinen Umsatzsteuer ist die Luxussteuer zu einer Steuer auf jeden entbehrlichen Verbrauch ausgebaut worden. Industrie, Handel, Gewerbe, Weinbau und Landwirtschaft werden von der Steuer betroffen, dann aber auch die freien Berufe und im gewissem Umfang der Privathandel. Es wird daher dringend notwendig sein, daß sich der Kaufmann, der Gewerbetreibende, der Handwerker und der Privatmann mit dem neuen Befehl befaßt. Es werden vielfach schwierige Rechtsfragen zu lösen sein, von deren Entscheidung Steuerpflicht oder Steuerfreiheit abhängen. In einem eingehenden Vortrag wird Herr Justizrat Dr. Fuld, Mainz auf Veranlassung des Kaufm. Vereins Mittel-Rheingau „Das neue Umsatzsteuergesetz“ am Samstag, den 31. Jan. abends 6½ Uhr im Hörsaal der Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau Geisenheim besprechen, worauf wir Interessenten aufmerksam machen.

Geisenheim, 29. Jan. Konzert zum Besten der Wasserbeschädigten von Geisenheim. Wie uns mitgeteilt wird, findet kommenden Donnerstag, den 5. Februar im großen Saale des „Deutschen Hauses“ ein Konzert zum Besten der durch Hochwasser geschädigten Einwohner Geisenheim's statt. Zu der Veranstaltung sind erste Kräfte wie Professor Brüdner, (Cello) Konzertdiuos, Herr Hofopernsänger Geisse-Winkel, (Bariton), Fräulein Mara Friedebild, (Sopran) und Herr Adolf Secker (Klavier), sämtlich vom Landestheater (früher Hofoper) gewonnen worden, sodas der Abend einen hochkünstlerischen Genuß verspricht, abgesehen von dem wohlthätigen Zweck. Der Vorverkauf hat bereits begonnen und Karten sind zu 5, 4 und 2 Mark in den Buchhandlungen bei W. A. Oßern und Peter Hüllen zu haben.

* **Seisenheim**, 29. Jan. „Echo du Rhin“ meldet, daß vom 1. Februar ab im großen Leben die Uhr um eine Stunde im besetzten Gebiet vorgerückt werden soll, ebenso bei den Eisenbahnen im Rheinland. Nur die internationalen Grenzzüge behalten die jetzige Zeit bei, aber auch bei ihnen wird ab 1. März die neue Zeit eingeführt mit einem Unterschied von annähernd 5 Minuten.

† **Geisenheim**, 29. Jan. Am Dienstag den 20. Jan. fand im Saale des lath. Vereinshauses ein lath. Frauentag der Zweigvereine des Rheingau's und Rheinhessens statt, der von der Landkommission einberufen wurde. In der vormittags 10 Uhr tagenden Zusammenkunft der Vorstände der Zweigvereine und deren Vertretungen wurde eingehend beraten über die Aufgaben des R. F. D. in der augenblicklichen ersten Zeit, über Organisationsfragen (Bezirkseinteilung, Vertrauensfrauensystem) und Berufswahl unserer Töchter. Nachmittags 3 Uhr war eine allgemeine Frauenversammlung, zu der sich zahlreiche Teilnehmer eingefunden hatten. Nach einem von Theresie Wehmer gesprochenen Prolog hielt Fräulein Dr. med. Maria Knippen-Frankfurt einen Vortrag über die freie Liebestätigkeit als notwendige Ergänzung der öffentlichen Fürsorge. Darauf wies Fräulein Oberlehrerin Breuer-Frankfurt in warmen und begeistert aufgenommenen Worten nach, daß Deutschlands Rettung nur durch die christliche Familie erfolgen könne. Die Rednerin betonte besonders die Stellung und Bedeutung der Frau und Mutter in der Jetztzeit und forderte auf, mutig und unerschrocken den kommenden Schwierigkeiten und Gefahren entgegen zu gehen und im engen Anschluß an die lath. Kirche ihre Pflichten hoch und heilig zu halten. Den Schluß bildete ein lebendes Bild „Maria die Unbefleckte“, wozu das Lied „Immaculata, du Lilienlute“ stimmungs-voll vorgetragen wurde. Möge dem lath. Frauenbund durch diese Versammlung neue Anregung zu weiterem einmütigen Arbeiten auf dem Gebiete der christlichen Charitas erwachen und alle Mitglieder mit neuer Begeisterung für ihre hohe, edle Sache eifern.

* **Vorch**, 28. Jan. Nachdem sich in letzter Zeit vom Nolling Gesteinsmassen gelöst und abgerollt sind, haben sich am Sonntag Vormittag weitere Gesteinsmassen gelöst und sind unter donnerähnlichem Getöse in den Abgrund gesaust. Schurme und Seitenbau des Fuhrunternehmers Jakob Perabo, sowie der Hinterhall (Stall und Remise) vom Anwesen des Wingers Peter Brachhäuser wurden von den Felsmassen zertrümmert und verschüttet. Andere Gebäulichkeiten haben theils erheblich gelitten und sich nach vorne geneigt, theils stehen mehrere Gebäude nach der Wisper zu.

Wiesbaden, 28. Jan. Die preussischen Minister, die das Rheinland bereisen, werden am 31. Januar in Berlin abreisen und am Montag früh in Köln eintreffen. Am Montag sind Sitzungen bei der Regierung und Besprechungen mit dem Domkapitel sowie mit dem Beirat beim Staatskommissar für das Rheinland vorgesehen. Die Besprechungen werden sich wohl auch noch auf den Dienstag ausdehnen. Außer Köln sollen auch Düsseldorf, Neuwied, Trier und Wiesbaden besucht werden. Das genaue Programm für den Besuch dieser Städte steht noch nicht fest. Auch der Landwirtschaftsminister Braun wird an der Reise teilnehmen. Minister Feine beteiligt sich nicht an der Reise, da die Verfassungsfrage seine Anwesenheit in Berlin notwendig macht.

* **Frankfurt**, 27. Jan. Einen Diebstahl mit Sonderzug vollführte der auf dem Höchstler Bahnhof beschäftigte Hilfskrotenführer Anthes aus Wicker. Er stahl Eisenbahnschwellen, Zementröhren und anderes wertvolles bahnspezifisches Eigentum, brachte die gestohlenen Sachen in Eisenbahnwagen unter, stellte sie zu einem Sonderzuge zusammen, und führte diesen unter Wasserdampf nach der Station Krißtel, wo Fehler die Wagen entladen. Der Gauner führte dann den Sonderzug nach der Ausgangsstation zurück. Die Frankfurter Bahnhofstriminalpolizei nahm den Dieb fest und beschlagnahmte bei einer Firma in Krißtel das Diebesgut.

Aus Stadt und Land.

Die Heimkehr der Gefangenen. Die Reichs-
kasselle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit:
Am 27. Januar wird der Landabtransport der in
rheinisch besetzten deutschen Gefangenen, die
in der französischen Kampfzone untergebracht waren, be-
ginnt sein. Der Abtransport der Gefangenen, die in
unbesetzten Deutschland zu Hause sind, hat am 25. Ja-
nuar auf Linie 1 (Maden-Köln-Düsseldorf) mit täg-
lich drei Zügen bereits eingesetzt. Im ganzen waren
28 Züge erforderlich, um die in französischen Gefan-
genen aus der Kampfzone in ihre Heimat zu brin-
gen. Davon sind 15 in der Zeit vom 20. bis 24.
Januar auf Linie 1 abgelassen worden, während 13
Züge den üblichen drei Eisenbahnlinien zuströmen. Von
französischer Seite scheint alles zu geschehen, um den
Abtransportplan ohne Störung durchzuführen.
Der Dampfer „Mügen“ traf Montag aus Rouen mit
551 Heeredangehörigen, darunter drei Schwer- und
neun Leichtkranken, in Aarhus ein.

Hamburg ohne Kartoffeln. Die Kartoffelzufuhren nach Hamburg bleiben aus, so daß in dieser Woche nur noch zwei Pfund je Kopf verteilt werden können. Dann können überhaupt keine mehr abgegeben werden. Die Weidsartoffelstelle in Berlin hat erklärt, daß sie für Hamburg keine Kartoffeln beschaffen könne, wie überhaupt in vielen Großstädten vorläufig keine Kartoffeln mehr zur Ausgabe gelangen können.

Im großen Viehhaufe der Domäne Jiefshagen, nahe Helsen bei Hannover, kam Feuer aus 30 Stroh-
rindvieh und viel Geflügel kamen in den Flammen um.
Große Mengen Heu und Stroh sowie landwirthschaft-
liche Maschinen verbrannten. Das Amtsgelände und das
Landratsamt waren in großer Gefahr, doch blieben
Esse durch den Umschlag des Windes vom Feuer ver-
schont.

Wölfe in Niederachsen. Aus Stapel's "Veu-
haus an der Elbe" wird der Zeitschrift "Niederach-
sen" berichtet, daß ein Jagdausspäher einen ausgewach-
senen starken Wolf erlegte, der von der Schnauze
bis zur Rute 1,22 Meter maß. Vor einiger Zeit
hatte ein Jagemeister in der Gegend einen Wolf an-
getroffen und durch eine Schrotladung verwundet.
Da das jetzt erlegte Tier kein einziges Schrotorn
aufwies, handelt es sich also um zwei verschiedene
Wölfe. Man vermutet, daß die Tiere durch den Krie-
gslärm aus den polnischen Wäldern vertrieben und
bis an die Elbe geschickt sind.

„ Neuer Einbruch ins Schönhäuser Bismarcksmuseum. In das Bismarckmuseum in Schönhäusen an der Elbe, das erst vor einiger Zeit von Einbrechern hingerichtet worden war, sind wieder Eindrehler eingebrungen wobei sie reiche Beute machten. Was im einzelnen gestohlen worden ist, steht noch nicht fest. Die dortige Polizei hat die Berliner Kriminalpolizei von dem Einbruch verständigt und um Unterstützung geverten. Noch am Sonntag wurde ein Beamter im Flugzeug dorthin entsandt.

Prinze für Deutschland. Zur Unterstützung der Großherzogs- und Frühjahrsreise ins Ausland im Jahre 1920 sollen Syndikate norwegischer Exporteure gebildet werden, unter der Voraussetzung, daß von dem diesjährigen Fange von Großheringen und Frühjahrs-heringen frische Derringe nach Deutschland abge- schifft werden sollen zu einem Gesamtfakturbetrage von 15 Millionen Kronen. Deutschland übernimmt die Ver- pflichtung, für die notwendigen Tonnage-Mittel zu sorgen.

25 Berlin 27. Januar. (Börse.) Nach der viertägigen Unterbrechung war die Börse heute infolge des katastrophalen Preisrückganges der Reichsmark zunächst sehr zurückhaltend. Die Erleichterung war aber nur von kurzer Dauer. Bald gewann wieder eine recht feste Haltung die Herrschaft. Für fremde Zahlungsmittel werden jetzt geradezu unheimlich hohe Preise gezahlt. Englische Pfundnoten stellten sich auf 405 (am letzten Börsentage 239—244), französische Renten auf 820 (550—555), amerikanische Greenbacks auf 100 (65½) und polnische Renten auf 58 (46—47). 100 holländische Gulden kamen auf 4190.

Bauschule Rastede
(Oldbg.)
Leister- und Polierkurse